

## Stellungnahme zu Biogasanlagen im Stadtgebiet

Schon vor 6 Jahren machten sich die Grünen im Stadtgebiet für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien durch Biogasanlagen stark.

So gab es einen Antrag auf Schaffung einer Biogasanlage im Gewerbegebiet „Südlich Bahnanlagen“, der seinerzeit von der Ratsmehrheit CDU/SPD abgelehnt wurde.

Im November 2000 war zumindestens eine weitere grüne Initiative erfolgreich: Der Bau- und Umweltausschuss informierte sich bei einer Bereisung in Strücken über die Funktionsweise einer Biogasanlage der Firma Archea.

Nach all den Jahren ist jetzt endlich der Durchbruch auch in Hess. Oldendorf gelungen, denn das damals Unmögliche kann jetzt im Gewerbegebiet durchgeführt werden.

Gefüttert mit Maissilage soll eine 3 MW-Anlage entstehen. Dieses wird natürlich im Rahmen von bestehenden Richtlinien wie der Bundesimmissionsschutz-Verordnung (BimSchV) und Baugesetzen geschehen.

Wenn jetzt eine weitere Biogasanlage im Stadtgebiet geplant wird, so sollte zuerst das Positive darin gesehen werden, dass ein weiterer Meilenstein in Richtung erneuerbare Energien in Hess. Oldendorf gesetzt wird. Natürlich ist Höfingen schwer durch den bestehenden Pilzzuchtbetrieb vorbelastet, fraglich ist nur, inwieweit eine Mehrbelastung durch die geplante Biogasanlage (0,6 MW) oberhalb „Hägers Mühle“ stattfinden wird. Gerüche werden es nach heutiger Beurteilung nicht sein, evtl. die stattfindenden An- und Abfahrten von Silomais und Rückständen. All das wird in den kommenden Beratungen entsprechend gewürdigt werden.

Die von der SPD in ihrem 10-Punkte-Bewertungskatalog angesprochenen Kriterien sind ganz normale Bestandteile eines ordentlich durchgeführten Verfahrens und keinesfalls eine neue „Erfindung“ zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Hess. Oldendorf.

Sehr zweifelhaft erscheint die Aussage, derartige Biogasanlagen nur in Gewerbegebieten zuzulassen.

Getreu dem Motto „**Global denken, lokal verhindern**“ wird so gegen das noch zu Grün/Rot- Regierungszeiten beschlossene und am 21. Juli 2004 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gearbeitet.

Woher sollen denn die darin vereinbarten Steigerungsraten kommen:

- **Das bis 2010 angestrebte „Verdoppelungsziel“ (bezogen auf 2000), einen Anteil von 12,5 % durch EE-Strom zu erreichen.**
- **Bis 2020 soll der Anteil auf 29 % des Gesamtenergieaufkommens gesteigert werden.**
- **Entsprechend soll natürlich der Anteil Atomstrom zurückgeführt werden, was aus grüner Sicht sehr erstrebenswert ist.**

Hess. Oldendorf besitzt **nicht** so viele Gewerbegebiete, dass man auf das Umland verzichten könnte.

Also werden wir auf die Planvorhaben in der Fläche angewiesen sein, um die Ziele für erneuerbare Energieformen in die Tat umzusetzen. Ganz im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes und des Rückbaues der Kernenergie, die nur durch diese Maßnahmen realisierbar wird.

Wer heute als Unternehmer u.a. 250.000 Liter Heizöl sparen kann, dem sollte die Chance dazu nicht gänzlich verbaut werden, auch das ist neben der Kostenersparnis zusätzlicher Umweltschutz.

Der Landwirtschaft mit nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung ein weiteres Standbein im Überlebenskampf zu bieten, hat weiteren Charme.

Daher sollten wir all unsere planerischen und politischen Kräfte bündeln, die begonnenen Vorhaben mit Sachverstand vorantreiben, Bedenken ernst nehmen und in die Planung einbeziehen.

Am Schluss wird die Abwägung stehen, welche Ziele vorrang haben und was in Hess. Oldendorf zur Zukunftssicherung priorisiert werden soll und dieses trotz anstehender Kommunalwahl auf sachlicher Grundlage.

*Von einem ganz entscheidenden Sachverhalt wird die Zustimmung der Grünen zu dem Bauvorhaben „Biogasanlage Höfingen“ aber abhängen: Der Pilzzuchtbetrieb Dohme muss erst seine bestehenden behördlichen Auflagen zur Reduzierung seiner Immissionswerte in die Tat umsetzen.*